

16.12.2020

## Auswertung der bayernweiten Brexitumfrage veröffentlicht

80 Prozent der Unternehmen sehen größte Risiken bei den ausstehenden Regeln zu Warenverkehr, Grenzkontrollen und Zollbürokratie

(Bayern / IHK Regensburg) - Hauptergebnis der bayernweiten BIHK-Brexit-Umfrage ist, dass fast die Hälfte (46 Prozent) der befragten bayerischen Unternehmen bisher vergeblich versucht hat, sich auf die Zeit nach dem vollständigen Brexit vorzubereiten.

Mit zunehmender Unsicherheit und Ungeduld betrachtet die bayerische Wirtschaft das Ende der Übergangsfrist zwischen der EU und Großbritannien zum Ende des Jahres.

Die größten Risiken sehen laut Umfrage rund 80 Prozent der Unternehmen bei den ausstehenden Regeln zu Warenverkehr, Grenzkontrollen und Zollbürokratie. Ohne Handelsabkommen würden für den Warenverkehr mit Großbritannien Regeln wie mit einem Drittstaat außerhalb der EU gelten, darunter viele zollrechtliche Vorschriften und auch Zölle, die im EU-Binnenmarkt generell abgeschafft sind.

Ein weiteres Problem für die Firmen ist die fehlende langfristige Rechtssicherheit für ihre weiteren Geschäfte in Großbritannien. Nach Ausscheiden aus dem EU-Regelwerk kann sich der Rechtsrahmen im Königreich, etwa beim Datenschutz und Steuerrecht, laufend ändern. Diese Unsicherheit sieht die Hälfte der befragten bayerischen Unternehmen als Risiko an. Großzügige Übergangsregelungen seien notwendig. Ähnlich ist die Situation bei Standards und Normen: Ohne Übergangsregelungen in diesem Bereich können etwa Medizingerätehersteller aus der EU den britischen Markt ohne dort langwierig zu erreichende Produktzulassungen nicht mehr beliefern. Dieser technische Marktzugang ist für rund ein Viertel der befragten Unternehmen existenziell für ihr Großbritannien-Geschäft.

### Weitere Informatinen:

[Auswertung der BIHK-Brexit-Umfrage \(pdf\)](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.